

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 12

Artikel: Der gebundene Gigant
Autor: Suter, Lotta
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390103>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• «Es kommt nur selten vor, dass es eine einzelne Person in der Masse wie Obama schafft, die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu ziehen und den Menschen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben», hiess es in der Begründung der norwegischen Jury, die dem US-Präsidenten im Oktober den Friedensnobelpreis verlieh. Vor einem Jahr habe ich diese Obamania ein Stück weit geteilt. Allerdings mit einem wichtigen Unterschied: So sehr mich die Wahl des ersten schwarzen Präsidenten der USA begeisterte, ich sah darin nicht in erster Linie eine Verheissung für die Zukunft. Ich feierte vielmehr einen Meilenstein der Geschichte: die Einlösung der politischen Rechte, für die die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der 1960-er Jahre hartnäckig und unter grossen Opfern gekämpft hatte. Es war Martin Luther Kings Traum, dass in diesem Land eines Tages die Nachkommen früherer Sklavenhalter und früherer Sklaven miteinander am Tisch sitzen könnten. Und nun hatte ein Afroamerikaner ganz oben an der Tafel Platz genommen.

Es gab natürlich von Anfang an linke Stimmen in den USA (vorab von weissen Männern), welche monierten, ein schwarzer Präsident sei politisch kontraproduktiv, weil er suggeriere, alle Rassenprobleme seien bereits überwunden. Aber diesem Argument traue ich nicht. Ähnliche Bedenken wurden auch anlässlich der Wahl der ersten Frauen in politische Führungspositionen geäussert. Und in gewissem Sinn stimmt es sogar: Der Preis für politische Integration ist die Möglichkeit des Verrats aus den vermeintlich «eigenen Reihen». Es stellte sich heraus, dass der Chromosomensatz eines Menschen weniger als erhofft (oder befürchtet) die politische Identität bestimmt. Doch hätten wir Frauen deswegen aufs Wählen und Gewähltwerden verzichten wollen?

In den USA müssen wir diese Lektionen von neuem lernen – und zwar

Lotta Suter

Der gebundene Gigant

Mit dem Minimum an Stimmen hat der amerikanische Senat nun doch beschlossen, überhaupt eine Debatte über die geplante Gesundheitsversicherung zu beginnen. Aber das entscheidende Ringen beginnt erst, denn derzeit fehlen die nötigen Stimmen für einen Erfolg in der Schlussabstimmung. Dieses Beispiel zeigt, wie schwer es für den Hoffnungsträger Barak Obama ist, die Erwartungen in Wirklichkeit umzusetzen.

Lotta Suter über die Gründe des drohenden Misserfolgs des Befreiungsprojekts Obama.

gründlich und schnell. Zwar sind biologische Vorgaben in einer real existierenden Gesellschaft nie ganz vernachlässigbar. Und in den USA des 21. Jahrhundert ist es besonders wichtig, dass der neue Präsident nicht (wieder) weiss und weisshaarig ist, sondern schon mit seiner Person diese multikulturelle und verhältnismässig junge Nation repräsentiert. Auch ist es wichtig, dass 53 Prozent der Stimmenden in den USA selbst zu Beginn der schweren Wirtschaftskrise im Herbst 2008 den Hoffnungsträger und nicht den Angstmacher gewählt haben. Es ist wichtig, dass diese Wahl mehrere Millionen neue Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren vermochte. Man kann den Sieg Obamas sogar als Referendum gegen den extremen Konservatismus lesen, der die USA seit den 1980er Jahren bestimmt hat.

Doch mit der Wahl ist es nicht getan. Der «Change», den Obama in seiner Kampagne versprach, kann nicht von einem Tag auf den andern herbeigeregelt werden. Der Präsident in den USA ist wohl eine symbolische Figur gigantischen Ausmasses. Und auch seine wirkliche Exekutivmacht ist ausserordentlich gross und in den letzten Jahren sogar noch grösser geworden. Aber der Präsident der USA ist trotz allem ein gebundener Riese. Als Barack Obama aus dem Siegestaumel erwachte, merkte er wie damals Gulliver bei den Zwergen, dass seine Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt war. Die strukturellen Widerstände gegen Veränderung sind in den USA heute enorm. Die rechte Opposition gegen jegliche soziale und politische Reform ist erstaunlich stark und entschieden. Politische Auseinandersetzungen sind in einer Demokratie normal. Nicht normal ist, dass eine der beiden grossen politischen Parteien der USA, die die Stimmen und die Macht seit jeher ungefähr hälftig unter sich aufteilen, nicht mehr ernsthaft am institutionalisierten Aushandeln von Interes-

senkonflikten teilnimmt, sondern sich auf blosser Obstruktion konzentriert.

Die republikanische Partei stellt sich geschlossen, konsequent und reflexartig gegen den neuen Präsidenten. Der eigenwillige Republikaner, der kürzlich im Repräsentantenhaus Obamas Gesundheitsreform zu unterstützen wagte, musste nach der offenen Stimmabgabe buchstäblich zur Hintertür hinaus-schleichen. Hinzu kommt, dass die Partei der Rechtskonservativen offenbar jegliche Berührungängste gegenüber rechtsextremen Elementen in ihrer Basis verloren hat, ja mehr noch, dass sich demokratisch gewählte ParlamentarierInnen offen mit paranoiden und zuweilen sogar bewaffneten Wirrköpfen verbünden, die Obama mit Hitler vergleichen und seine Politik mit dem Nationalsozialismus.

Die rechten Strassenproteste und sogenannten «Tea Parties», die diesen Sommer in den USA das politische Klima mit Hassparolen vergifteten, waren nicht spontane Unmutsäusserungen des «kleinen Mannes». Die Events waren von einem Teil der politischen und wirtschaftlichen Elite präzise organisiert, grosszügig finanziert und von rechtslastigen Medien wie «FoxNews» sensationell nachbereitet und verstärkt worden. «Astroturf» werden solch künstlich fabrizierten Graswurzelbewegungen in den USA genannt. Solche Verbindungen von Rechts-der-Mitte zu Rechtsausen sind nicht neu. Doch bis anhin hatte die republikanische Partei ihre rechtspopulistische Basis für ihre eigenen Zwecke benutzt, manipuliert und weitgehend kontrolliert. Nun, da die etablierte, die parlamentarische Rechte an Einfluss verloren hat, droht sich das Machtgefälle umzukehren. Tonangebend wird der lauteste und platteste Extremismus. Ein knallharter Rechtskonservativer wie der ehemalige Kongressabgeordnete und Architekt der sogenannten «republikanischen Revolution» Newt Gingrich sieht wie ein respektabler Staatsmann

aus, wenn man ihn neben die neuen selbsternannten Sprecher der Rechten stellt, neben einen Rush Limbaugh (Radio Talk Show Master), einen Glenn Beck (Fox News Moderator) oder eine Sarah Palin (ehemalige Vizepräsidentschaftskandidatin) zum Beispiel. Diese mediengewandte fanatische oder fundamentalistische Rechte hat nicht das geringste Interesse an inhaltlicher Auseinandersetzung; ihr Ziel ist es einzig und allein, die demokratisch gewählte Regierung zu sabotieren und zu diskreditieren sowie die Ängste und den Hass in der Bevölkerung zu schüren.

Zweifellos hat die Rassenzugehörigkeit des neuen Präsidenten das Potenzial dieser paranoiden Politik beträchtlich vergrössert. Wenn Barack Obama auf Protestplakaten als Bösewicht «Joker» aus dem Film «The Dark Knight» dargestellt wird, sieht sein Porträt genauso aus wie die Ankündigung einer rassistischen Minstrel Show des 19. Jahrhunderts. Damals hatte sich manch weisser Schauspieler das Gesicht schwarz angemalt, um einen dummen fröhlichen Neger zu karikieren. Als populäre Unterhaltungsform hat das «Blackface» seit hundert Jahren ausgedient. Ein Grossteil der US-Bevölkerung lehnt heute solche Stereotypisierung ab. Doch am rechten politischen Rand finden rassistische Zerrbilder bekannterweise immer ein Publikum.

Ein Jahr nach der Wahl stehen immer noch mehr als die Hälfte aller Amerikanerinnen und Amerikaner hinter ihrem neuen Präsidenten. Doch diese Mehrheit bildet keine einheitliche und entschlossene Gegenfront zur Opposition von rechts. Barack Obama als Hoffnungsträger war mehrheitsfähig. Die Konkretisierung seiner Hoffnungen ist es nicht. Den einen geht Obamas Reformpolitik zu schnell und zu weit. Die andern denken, er zaudere und zögere zuviel. Meine Bekannten, von denen die meisten demokratisch gewählt haben, führen alle ihre eigene Obama-Mängel-

liste: Ein zu grosses Stimuluspaket. Ein zu kleines Stimuluspaket. Ein Stimuluspaket an die falsche Adresse (Banken statt BürgerInnen). Zu wenig Einsatz für eine universale Krankenversicherung. Zu wenig – oder aber zuviel! – Druck für ein gewerkschaftsfreundliches Arbeitsrecht. Verzögerung des militärischen Rückzugs aus dem Irak. Neue Kriegseinsätze in Afghanistan. Insgesamt mehr US-Truppen und Söldner im Feld als zu Höchstzeiten des Irakkrieges. Weiterführung der gesetzeslosen Inhaftierungen in Guantánamo. Mangelnde Untersuchung und Aufklärung der unter Präsident Bush begangenen Kriegsverbrechen, etc.

Ich selber glaube, Barack Obama hat seine politischen Chancen vor allem damit verspielt, dass er kaum direkt Arbeitsplätze schaffte. Dies ganz im Gegensatz zu seinem Vorbild Präsident Franklin Roosevelt, der in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre in den ersten vier Monaten seiner Regierungszeit über 4 Millionen StaatsarbeiterInnen – Strassenbauer, aber auch Lehrerinnen und Künstler – anstellte. Statt dessen verteilt Obama Stimulusgelder an die Banken und die Bundesstaaten, die Kleinunternehmer und Hausbesitzer – alles in der Hoffnung, dass daraus schliesslich Jobs entstünden. Dabei sind die staatliche Infrastruktur sowie die öffentlichen Dienste in den USA in einem lausigen Zustand; ihre Wiederherstellung und ihr Unterhalt sowie die Umstellung auf ein ökologisch nachhaltigeres Wirtschaften bräuchte zumindest einen Teil der zehn Millionen neuen Arbeitsstellen, die es braucht, um die US-Arbeitslosenquote auf das Vorkrisenniveau von 2007 zurückzubringen.

Wenn wir als Arbeitshypothese annehmen, dass Barack Obama ein einigermaßen integrier Reformpolitiker ist, dann fällt auf, dass er mit seinen Ideen vor allem gegen zwei grosse Hürden anrennt beziehungsweise gar nicht erst anzurennen wagt: nämlich gegen das

organisierte Kapital (bei der Gesundheits- und Finanzreform) und gegen das organisierte Militär (in der Aussenpolitik). So schwierig es ist, das kapitalistische System zu reformieren, zu bändigen oder auf einen bescheideneren Platz zu verweisen – diese Wirtschaftsdiskussionen finden zumindest ansatzweise statt.

Am reformresistentesten scheint der mächtige Sicherheitsapparat der USA zu sein, der in den acht Jahren Bush-Regime nochmals nach Kräften ausgebaut wurde. Aber George Bush hat diesen Staat im Staat nicht erfunden. Die Verschiebung der Macht zur Exekutive hin und die Entdemokratisierung des politischen Systems durch faktisches Notstandsrecht sind seit langem Bestandteil der US-Geschichte. Der zweite Weltkrieg ging über in den Kalten Krieg, dann in den Krieg gegen den Terrorismus. Das alles führte zu einer riesigen und komplexen Struktur mit schätzungsweise tausend Militärbasen, Dutzenden von Abhörprogrammen, Staatsgeheimnissen etc. Es entstand ein Schat-

tenimperium, das sich jeder demokratischen Einmischung und natürlich jeder Demontage aufs heftigste widersetzt. Der Jahrzehnte dauernde Ausnahmezustand hat «das Abnormale normal gemacht», wie sich der Historiker Gary Wills ausdrückt.

Dieser «Survival Mode», der Überlebenskampf als Lebensart, haben meine eigene Wahrnehmung der Vereinigten Staaten so sehr geprägt, dass ich dem Thema zwei Bücher widmete. Der erste Essayband «Einzig und allein. Die USA im Ausnahmezustand» (erschienen 2003) beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Terroranschläge vom September 2001. Die Fortsetzung «Kein Frieden mehr. Die USA im Kriegszustand» (2008) untersucht die akut gewordene Krise. Vor einem Jahr, als Barack Obama zum Präsidenten der USA gewählt wurde, hoffte ich für eine Weile – nicht als Buchautorin natürlich, sondern als Citoyenne –, dass das dunkle Weltbild von «Kein Frieden mehr» rasch an Aktualität verlieren würde. Noch ist es nicht so weit. ●

Lotta Suter ist Buchautorin und freie Journalistin in den USA (suter@tiac.net).

Fortsetzung von Seite 344

Was bedeutet es, jemanden, der vom Markt ausgeschlossen ist, zur Marktteilnehmerin zu machen? Ist Entwicklungshilfe deshalb grundsätzlich schuldhaft, da sie immer nur dazu beiträgt, entweder die Menschen in den Markt einzubinden und sie für das Kapital verfügbar zu machen oder aber die Folgen der neoliberalen Ordnung zu mildern? Sind wir deshalb grundsätzlich gefangen in der Wahl zwischen zwei falschen Alternativen; dem naiven Optimismus einerseits, dass wirtschaftliche Entwicklung automatisch soziale Entwicklung bedeutet und dem zynischen Rückzug andererseits, dass man also besser nichts tut, um sich nicht zur Handlangerin des Neoliberalismus zu machen? Nein, meinte Paulo Suess: «Entwicklungshilfe kann gar nicht anders als zeichenhaft sein», da sie in der

herrschenden Ordnung stattfindet – und stattfinden muss. Wenn aber dieses Zeichen eine Quasi-Totalität ist, so weist es gleichsam über den konkreten und beschränkten Rahmen hinaus: Die Aufgabe ist, im Wissen um diese Beschränktheit das Grössere zu verlangen und Hilfe als fundamentale Kritik am bestehenden System und als solidarisches Bündnis zu lesen. In diesem Fall macht helfen vielleicht tatsächlich selig. ●

1 Siehe dazu ausführlicher Peter Niggli: Nach der Globalisierung. Zürich 2004. S. 49–72.

2 Der Tagungsband ist Anfang 2010 zu beziehen bei OEME Bern

3 Annemarie Sancar: Wirtschaftliches Empowerment für Frauen. In Denknetz (Hg.): Jahrbuch 2009. Zürich 2009. S. 118–126.

4 HEKS: Zwölf Thesen zum kirchlichen und politischen HEKS. Zürich 2009.